

RESOLUTION Winterklausur 2024

Stand: 10.01.2024

Kehrtwende in der Migrationspolitik – weg von einzelnen Zugeständnissen hin zu einem strukturierten und vernünftigen Gesamtkonzept!

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stehen wir zum Grundrecht auf Asyl und zu unserer humanitären Verantwortung gegenüber den zu uns kommenden Menschen. Jährlich kontinuierlich steigende Zugangszahlen stellen uns aber zunehmend vor große Herausforderungen. Durch die aktuelle, immense Zuzugssituation sind nicht nur Bund, Länder und insbesondere unsere Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Wir nehmen die Hilferufe der kommunalen Spitzenverbände um Abhilfe und Unterstützung ernst. Ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die ebenfalls eine wesentliche Stütze für Geflüchtete bei der Orientierung und Integration spielen, leiden unter Überlastung und legen zum Teil auch ihre Tätigkeiten nieder. Mit Sorge beobachten wir zudem, dass insbesondere extremistische Kräfte Ängste der Menschen, die eine unkontrollierte Zuwanderung hervorruft, für ihre Zwecke ausnutzen. So treiben sie eine weitere Spaltung und Polarisierung unserer Gesellschaft voran und gefährden auf diese Weise unsere Demokratie.

Ein „Weiter-So“ darf es daher nicht geben. Die einseitige Fokussierung auf Fragen der Unterbringung, Abschiebung oder Zahlenobergrenzen verstellt den Blick für die grundlegende Problematik. Wir fordern jetzt eine komplette Kehrtwende: weg von einem Herumdoktern an einzelnen Symptomen, hin zu einem strukturierten und vernünftigen Gesamtkonzept in der Migrationspolitik, das unter anderem folgende Maßnahmen umfasst:

Zügige Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

Nach jahrelangem Ringen ist es Ende des Jahres 2023 gelungen, auf EU-Ebene einen Kompromiss hinsichtlich der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

(GEAS) zu erzielen. Im Wesentlichen sieht die Reform schärfere Asylregeln, Asylverfahren an den Außengrenzen sowie einen obligatorischen Solidaritätsmechanismus zwischen den Mitgliedsländern vor, um insbesondere die europäischen Partner an den Außengrenzen zu entlasten. Den gefundenen Kompromiss gilt es nun zügig und konsequent umzusetzen, um die erwarteten Entlastungseffekte zu erzielen. Leider ist es bisher hier bei bloßen Lippenbekenntnissen geblieben.

Zurückweisung an den Grenzen

Die Zahl der von der Bundespolizei festgestellten illegalen Grenzübertritte ist im Jahr 2023 gegenüber den Vorjahren signifikant gestiegen. Nach Informationen aus Kreisen der Bundespolizei gibt es Anweisungen, an der Grenze selbst Einreisende, die kein Asylgesuch stellen, nicht zurückzuweisen. Das ist unhaltbar. Anders stellt sich die Lage für illegal Einreisende dar, die an der Grenze ein Asylgesuch stellen. Diese werden unmittelbar an eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber überwiesen. Angesichts der zunehmenden Überlastung auch in den Aufnahmeeinrichtungen fordern wir die Bundesregierung auf, auch in diesen Fällen der Einreise über sichere Drittstaaten Zurückweisungen an den Binnengrenzen - soweit rechtlich möglich - zu vollziehen.

Beschleunigung von Asyl- und Asylgerichtsverfahren

Asyl- und Asylgerichtsverfahren dauern aktuell im Vergleich zu anderen Ländern deutlich zu lange. So betrug die Gesamtverfahrensdauer der Erst- und Folgeanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Zeitraum Januar bis November 2023 6,8 Monate. Im Vergleich hierzu werden Asylgesuche von Ausländern aus Ländern mit sehr niedriger Anerkennungsquote in der Schweiz innerhalb von 48 Stunden im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens entschieden. Es wurde 2019 eingeführt und findet in 80 Prozent der Asylgesuche Anwendung.

Lange andauernde Verfahren belasten nicht nur die Sozialsysteme und stellen Länder und Kommunen vor große Herausforderungen hinsichtlich der Unterbringung, sondern

führen regelmäßig bei Menschen ohne Bleibeperspektive auch zu schwierigen humanitären Situationen bei Beendigung des Aufenthaltes und zu ins Leere laufenden Integrationsbemühungen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bundesgesetzgeber auf, schnellstmöglich die entsprechenden gesetzlichen Änderungen auf den Weg zu bringen, um Asyl- und Asylgerichtsverfahren deutlich zu beschleunigen und unsere Verwaltungsgerichte spürbar zu entlasten.

Auch in Bayern gibt es – je nach Verwaltungsgericht – deutliche Unterschiede in der Dauer der gerichtlichen Verfahren. Wir nehmen künftig die Gerichte mit der kürzesten Verfahrensdauer als Maßstab.

Gleichstellung aller Flüchtlinge

Mit dem Beschluss der Ampel-Koalition vom Mai 2022, wonach Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine nicht mehr Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern Leistungen nach dem Zweiten bzw. Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II bzw. SGB XII) zu gewähren sind, hat die Bundesregierung einen Rechtskreiswechsel vollzogen und damit nicht nur zu einer Ungleichbehandlung gegenüber Schutzbedürftigen aus anderen Ländern, sondern auch zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Gleichstellung mit Bürgern, die oftmals nach jahrelanger Arbeit langzeitarbeitslos werden, beigetragen. Diese Entscheidung der Ampel-Koalition halten wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion für falsch, da sie für großen Unmut unter den Geflüchteten und ehrenamtlich engagierten Helferinnen und Helfern sorgt. Sie setzt zudem erkennbar falsche Anreize und gefährdet so die Solidarität unserer Bevölkerung mit den tatsächlich Schutzbedürftigen. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, schnellstmöglich eine entsprechende Kurskorrektur vorzunehmen und für neu ankommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zur alten Rechtslage wieder zurückzukehren.

Legale Migration verhindert illegale Migration

Für unsere Wirtschaft ist es nach wie vor schwer möglich, dringend benötigte Arbeitskräfte im Ausland zu rekrutieren. Ein Großteil der Asylsuchenden kommt beispielsweise inzwischen aus der Türkei. Ganz überwiegend handelt es sich dabei nicht um Schutzsuchende, sondern um Arbeitssuchende, die aber keine Chance auf legale Arbeitsmigration sehen. Viele davon könnte unsere Wirtschaft dringend als Arbeitskräfte brauchen. Der Umweg über das Asylverfahren belastet unser Gemeinwesen enorm und verhindert die Integration in den Arbeitsmarkt.

Wir fordern den Bund auf, vor allem im Interesse der Pflege, unseres Handwerks, der Bauwirtschaft und Industrie, aber auch unserer Hochtechnologieunternehmen endlich die tatsächlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Arbeitsmigration und zeitgemäße digitale Verfahren zu schaffen. Wartezeiten von über einem Jahr allein für einen hierzu erforderlichen Termin in deutschen Botschaften sind unzumutbar.

Integration durch Arbeit

Schutzsuchende werden aufgrund verfehlter Entscheidungen der Ampelregierung vorrangig für Weiterbildung vorgesehen. Unsere Wirtschaft wäre aber in der Lage und bereit, viele davon auch mit deren derzeitigem Ausbildungsstand und den bestehenden Sprachkenntnissen zu integrieren. Nirgendwo lernt man schneller die Sprache als am Arbeitsplatz. Arbeit ist zudem der beste und effizienteste Weg zur Integration. Wer arbeitet, kommt nicht auf dumme Gedanken und entlastet die Sozialsysteme. Wir wollen daher einen Vorrang für Arbeit und schnellstmöglichen Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Schutzsuchenden.